

Eine Rampe fürs Rathaus

21. Behindertenparlament beschließt Vorschläge zur Teilhabe

Von Viviane Reineking

BREMEN ▪ 13 Beschlussvorschläge zur Teilhabe und Inklusion in Bremen und Bremerhaven standen gestern auf der Tagesordnung des 21. Bremer Behindertenparlaments in der Bürgerschaft. Etwa 150 Menschen diskutierten anlässlich des Welttages der Menschen mit Behinderungen über Themen, die ihnen aktuell besonders wichtig sind, und stellten Forderungen an Politik und Verwaltung.

„Lebhaft und engagiert“ habe man über einige der Beschlussvorschläge diskutiert, so Florian Grams, Präsident des 21. Behindertenparlaments. „Gefühlt lag der Schwerpunkt auf der Mobilität“, so Grams, es ging aber auch um die medizinische Versorgung und die soziale Absicherung der Beschäftigten der Bremer

Werkstätten. Nach kurzen Redebeiträgen der Abgeordneten der einzelnen Fraktionen des Behindertenparlaments seien alle Vorschläge beschlossen worden, so Grams.

Die Bürgerschaft behinderter Menschen fordert den Bremer Senat und Bürgerschaft auf, dass die Werkstattbeschäftigten ihre Sonderzahlungen, die bislang auf die Grundsicherung angerechnet werden, behalten dürfen – „ein Thema, an dem wir schon sehr lange dran sind“, so Uwe Lange, Erster Vorsitzender des Werkstatttrates.

Beschlossen haben die Abgeordneten auch, den Haupteingang des Rathauses mit einer Rampe zu versehen. „Ein Beschluss auch mit hoher symbolischer Bedeutung“, so Grams, „denn das Rathaus ist für alle da“. Bislang können Rollstuhl-

fahrer in das Rathaus nur durch einen Nebeneingang in der Straße „Schoppenteel“ und eine Küche gelangen. Die Abgeordneten fordern außerdem den Bau eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit psychischen und mehrfachen Behinderungen bis 2017, die finanzielle Förderung des „Stadtführers barrierefreies Bremen“ über 2015 hinaus sowie eine Beratungsstelle speziell für gehörlose Senioren zu Fragen des Lebens im Alter.

Gegen eine Einschränkung der Erreichbarkeit des Krisendienstes für psychisch kranke Menschen spricht sich das Behindertenparlament ebenfalls aus. „Psychische und seelische Notsituationen können auch nachts auftreten“, betont Uwe Seebode vom Bremer Werkstatttrat. Der Dienst übernimmt die Versorgung und von Menschen in psychischen Krisensituationen nachts, am Wochenende und an Feiertagen, tagüber ist der Sozialpsychiatrische Dienst Ansprechpartner. Außerdem monieren die Abgeordneten, dass auf Menschen mit Behinderung in Bussen und Bahnen noch immer kaum Rücksicht genommen werde. Die Politik solle sich mit diesem Problem befassen.

Organisiert wird die Bürgerschaft behinderter Menschen vom Arbeitskreis Bremer Protest der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen.



Wilhelm Winkelmeier (v.l.), Uwe Lange, Florian Grams und Uwe Seebode engagieren sich im 21. Bremer Behindertenparlament. ▪ Foto: Reineking